

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen...
Gesamtpreis...
Nr. 53.

Veröffentlichungen...
Gesamtpreis...
Nr. 53.

Telegramme: Erzgebirg Anzeiger... Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Nr. 1000

Nr. 5

Donnerstag, den 7. Januar 1932

27. Jahrgang

Entscheidung erst im Sommer?

England und die Reparationskonferenz

Einflussreiche Finanzreise für Vertagung der Entscheidung bis zum Sommer?
London, 5. Jan. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt: Es verlautet, daß der Kabinettsausschuß für das Reparationsproblem morgen zusammentreten wird, um die Grundlagen festzusetzen, auf denen Leith Ross seine Verhandlungen mit dem französischen Schatzamt wieder aufnehmen soll. Während des Wochenendes haben der Premierminister und die anderen Minister des Kabinettsausschusses eine Denkschrift geprüft, die die Unempfehlungen der britischen Schatzamtsachverständigen enthält. Der Korrespondent erwähnt dann Gerüchte, wonach „in einem der mächtigsten Kreise der Bankwelt“ dafür eingetreten werde, daß man in Lausanne nicht versuche, auch nur eine provisorische Lösung des Reparationsproblems zu erreichen. Die Konferenz sollte sich nach Ansicht der betreffenden Bank vielmehr damit begnügen, gewisse Möglichkeiten zu untersuchen, die der Baseler Sachverständigenbericht bietet, und sich dann bis zum Sommer

vertagen. Im Sommer würde die Atmosphäre günstiger für eine umfassende und dauerhafte Regelung sein. Schließlich werde noch erklärt, daß ein dreijähriges Moratorium (von dem jetzt gesprochen werde) weder für das Bedürfnis Deutschlands noch für das der Finanzmärkte der Welt genügen würde.

Tagung der Lausanner Reparationskonferenz

im Schloßhotel in Duche
Bern, 5. Jan. Die Reparationskonferenz wird dem Vernehmen nach ihre Sitzungen im Schloßhotel in Duche am Genfer See abhalten. Dort tagte 1923 die Friedenskonferenz der Westmächte und der Türkei. Man rechnet mit etwa 300 Delegierten und zahlreichen Pressevertretern.

Verlängerung des Stillhalteabkommens um ein Jahr?

Berlin, 5. Jan. Wie in politischen Kreisen verlautet, konzentrierten sich die Verhandlungen der ausländischen und deutschen Bankvertreter über die Stillhaltefragen dahin, das bisherige Abkommen mit gewissen Verbesserungen um mindestens ein Jahr zu verlängern.

Der Fluß der Tribute

Gustav Cassel: Die Tribute sind schuld an der Weltkrise
Stockholm, 5. Jan. Im „Evening Dagbladet“ nimmt Prof. Gustav Cassel am Dienstag Stellung zu der Frage Tributzahlungen und Weltwirtschaft. Frankreich habe die Baseler Verhandlungen unter dem Beifall begonnen, daß Deutschlands Zahlungsfähigkeit im Youngplan festgestellt sei und deshalb nicht erdriert werden könne. Schon die geistige Einstellung eines solchen Beifalles sei bezeichnend für die französische Denkweise. Cassel erinnert in diesem Zusammenhang an das französische Verlangen, die Schuld an Weltkriege ein für allemal durch eine erzwungene Unterschrift festzustellen.

Abgesehen hiervon begehe Frankreich den großen Fehler, daß es Deutschlands Zahlungsfähigkeit als eine gegebene Größe hinstelle, was unrichtig und unerhört sei. Frankreich habe ja selbst anerkannt müssen, daß Deutschland im Augenblick zahlungsunfähig sei. Weiter habe Frankreich allerdings nicht gehen wollen, sondern dann vielmehr behauptet, daß die Weltwirtschaftskrise bald zu Ende gehen müsse. Das sei aber eine durch und durch unmoralische Ansicht. Die ganze Tributpolitik müsse ihre innere Unmöglichkeit erkennen, wenn nachgewiesen werde, daß die Tributzahlungen tatsächlich an der Weltkrise schuld seien. Daher sei auch bei der Baseler Konferenz ein zweifellos von französischer Seite beeinflusstes Telegramm bemerkenswert, das die Konferenz auf den Grundsat festlegen wollte, die Weltwirtschaftskrise und die Tributzahlungen hätten nichts miteinander zu tun.

Zwischen Weltwirtschaftskrise und Tributzahlungen bestehe aber nicht nur ein psychologischer Zusammenhang, sondern eine unmittelbar nachweisbare Kaufverbindung. Die Tributforderungen hätten die Goldhandarbs der Welt und den internationalen Handel ins Verderben gestürzt. Deutschland habe nämlich außer den Tributen die Zinsen der für frühere Tributzahlungen geliehenen 10 Milliarden Auslandsschulden zu zahlen.

Frankreich soll verzichten

Die Reparations-Debatte in der französischen Presse

Paris, 5. Januar. Das Leitmotiv der heutigen Presse bildet die Frage einer endgültigen Streichung der Reparationen durch die französische Regierung. Dieser Gedanke, der schon gestern von der „Depeche de Toulouse“ lanciert wurde, ist heute von nahezu allen Blättern aufgegriffen und in den Vordergrund ihrer Betrachtungen gerückt worden. „Republique“ begrüßt ihn freudig, sie sieht in seiner Verwirklichung — wenn jetzt Frankreich sein juristisches und moralisches Recht opfert — die Krönung der Annäherungspolitik. Wir brauchen nur zu wollen, schreibt das Blatt, und wir können die Welt retten. „Victoire“ erklärt die freundschaftliche Revision des Versailler Vertrages in allen jenen Teilen, die unausführbar geworden seien, miteingegriffen die Klausel der restlosen Entwaflung Deutschlands, sei jene Seite, die erfolgen müsse, um alles in Ordnung zu bringen. „Deuxieme“ glaubt, einen solchen Schritt billigen zu können, wenn er geschieht, um die politische Atmosphäre zu erneuern. Er sei abzulehnen, falls er lediglich dem Interesse der angelsächsischen Gläubiger dienen sollte. „Solome“ befaßt sich mit der Wirkungsfrage Deutschlands. Wenn das Blatt auch behauptet, daß Deutschland nichts getan habe, um seinen Bankrott zu vermeiden, ja, wenn sogar die Befürchtung ausgesprochen wird, Deutschland werde auch nach der Streichung der Reparationen andere Forderungen, wie beispielsweise die Beseitigung des Danziger Korridors mit gleicher Bequemlichkeit vertreten, so kommt es dennoch zum Schluß, die Wera der halben Maßnahmen sei vorüber. Man könne vielleicht einen Teil der Reparationen retten, käme man zu einer europäischen Verständigung über Abklärung, Winderhaltenstatut und Öligrenze. Das Blatt „Gazette“ verlangt, dem Verzicht auf die Reparationen müsse der Verzicht des amerikanischen Kongresses auf die Kriegsschulden, der der privaten Gläubiger auf die eingesetzten Kredite und schließlich die Zustimmung Deutschlands, unterstützt durch entsprechende Garantien, zu einer Politik der Ordnung der Welt im Sinne des Friedens herangehen. Dennoch kommt auch diese Zeitung zur Feststellung, daß die öffentliche Meinung heute eine große Geste erwarte. Die Reichspresse, wie zum Beispiel „Echo de Paris“, steht natürlich anders zu dem Gedanken. Dieses Blatt erklärt u. a., es müsse darauf hingewiesen werden, daß die deutsche Industrie gewaltig ausgerüstet sei und nach Beendigung der Krise auf den internationalen Märkten eine ungeheure Ueberlegenheit haben müßte, wenn die Reparations-schulden von ihr genommen wären. Zudem würde Deutschland nach Beendigung des Reparationsproblems unverzüglich den zweiten Teil seines „nationalen Programmes“ in Angriff nehmen, nämlich die nationalen und politischen Forderungen.

Zuspizung von der „Wahrung der Prinzipien“ zu reden, heiße den politischen Bürokratismus ad absurdum führen. Daß Deutschland, wenn es der Reparationen ledig wäre, alle „übrigen politischen Ansprüche“ anmelden würde, sei eine matte Ausflucht. Wollte man unter diesem Gesichtswinkel handeln, so würde es nie zu einer Verständigung kommen. — Der „Tag“ nennt den Artikel der „Depeche de Toulouse“ nur einen Entlastungsversuch für die deutsche Linke. Die maßgebenden Kreise in Frankreich hielten sich an ihrer alten Linie fest: Rettung des Young-Planes um jeden Preis, eine möglichst kurzfristige Beheißung, die die Weiterzahlung des ungeklärten Tributanteiles und dessen Rückzahlung an die so überschuldete Reichsbahn vorsetze. Die andernwärts wachsende Einsicht über die wirtschaftliche Schädlichkeit der Tribute sei jedenfalls in Frankreich noch nicht verbreitet, zumal man ja dort in den Tributen vor allem ein politisches Druckmittel sehe.

Sturz der anhaltischen Regierung

Desau, 5. Januar. Der anhaltische Landtag nahm heute mit 19 gegen 17 Stimmen einen Mißtrauensantrag der Deutschen nationalen gegen die Regierung an. Die Regierungsbildung dürfte auf größte Schwierigkeiten stoßen. Die Rechte wird ihre Absicht, eine bürgerliche Regierung zu bilden, nicht durchsetzen können, da die Kommunisten den Ausschlag geben.

Die Arbeit des Preiskommissars

Berlin, 5. Januar. Der Reichskommissar für Preisüberwachung beschäftigt sich gegenwärtig mit den Spannen der Milchpreise und den Preisen für Schuhreparaturen. Auf Anregung der Hausfrauenorganisationen werden zurzeit auch die Möglichkeiten des Preisauszeichnungszwanges im einzelnen geprüft.

Der wilde Streif im Ruhrgebiet abgeblasen

Essen, 5. Januar. Nachdem bereits gestern die Mittagssticht fast vollständig wieder angefahren war, wird heute früh aus den einzelnen Bezirken über vollkommene Ruhe berichtet. Abgesehen von einigen wenigen Ausnahmen führen die Bergarbeiter auf den einzelnen Schachtanlagen vollständig an. Aus dem Redlingerhauser Bezirk wird gemeldet, daß dort die ABO den Streik abgeblasen hat.

Hoersch bei Laval

Paris, 5. Jan. Botschafter von Hoersch hatte heute nachmittag eine längere Unterredung mit Ministerpräsident Laval und dann eine Besprechung mit Finanzminister Ylandin. Es darf angenommen werden, daß im Laufe dieser Unterhaltungen die Vorbereitung der Konferenz von Lausanne besprochen worden ist.

Sowjetrussische Nichtangriffsverhandlungen mit Lettland und Rumänien

Moskau, 5. Jan. Das Mitglied des Kollegiums des Außenkommissariats, Stomonjakow, ist zu Verhandlungen über einen Nichtangriffsvertrag mit Lettland und Rumänien nach Riga abgereist.

Die Kraftprobe in Indien

Bombay, 5. Jan. An Stelle des gestern verhafteten Prasad ist Anjari zum Vorsitzenden des allindischen Kongresses ernannt worden.

Kalkutta, 5. Jan. 45 dem allindischen Kongress angegliederte Vereine in Kalkutta und Umgebung sind als geschwindig aufgelöst worden.

Polizeiliches Vorgehen gegen die indischen Kongressführer
Bombay, 6. Jan. Die polizeiliche Aktion zur Festnahme der Kongressführer begann heute früh 4,30 Uhr.

Ausschreitungen indischer Rothemden
Peshawar, 5. Jan. Im Mohmand-Bezirk wurden die Häuser einiger Personen, die von der britischen Regierung besetzt werden, von einer Gruppe Rothemden in Brand gesetzt.

Der Boykott britischer Waren durch die Indier beginnt
Kjmedabad, 4. Jan. Die diesigen Baumwoll-

fabriken haben wegen der Verhaftung Gandhis beschlossen, keinerlei britische Waren mehr zu kaufen. Die Fabrikbesitzer planen ferner, die nach England gegebenen Bestellungen auf Maschinen rückgängig zu machen. Auch der Gemeinderat der Stadt erwägt den Boykott britischer Waren und Firmen.

Japanische Entschuldigung an Amerika
Washington, 5. Jan. Die japanische Regierung hat der Regierung der Vereinigten Staaten ihre formelle Entschuldigung wegen des Angriffes auf den amerikanischen Konsul in Chardin ausgesprochen.

Den Indern soll die britische Flagge gezeigt werden
Puna, 5. Jan. Ein Bataillon eines schottischen Regiments geht heute abend nach Scholapur ab. Von dort wird es einen langen Marsch durch dicht bevölkertes Land unternehmen. Der Marsch bezweckt, den Kongressanhängern „die britische Flagge zu zeigen“.

Berliner Blätter gegen die französischen Presseäußerungen

Berlin, 6. Januar. Einige Berliner Blätter beschäftigen sich in glostrierender Form mit den verschiedenen französischen Presseäußerungen über die Reparationsfrage, insbesondere mit den Anregungen der „Depeche de Toulouse“ und der Polemik des Temps zu diesen Anregungen. — Die „Germania“ warnt davor, in den jüngsten französischen Pressestimmen zu der Reparationsfrage bereits die Einleitung zu einem bevorstehenden Umfall der französischen Regierung zu sehen. — Die Tatsache aber, daß die mutigen Feststellungen der südfranzösischen Provinzzeitung einen so heftigen Sturm in der Pariser Presse erregen konnten, sei ein Beweis für die steigende Unsicherheit, in der man sich heute in Frankreich gegenüber dem politischen Schuldenproblem befindet. Die durch Frankreichs Hartnäckigkeit verschuldete amerikanische Haltung in der Schuldenfrage werfe die große Frage auf, was mit den eigenen Schulden werden solle. — Das „Berliner Tageblatt“ mahnt mit Bezug auf den „Kampf“, in diesen Stunden kritischer